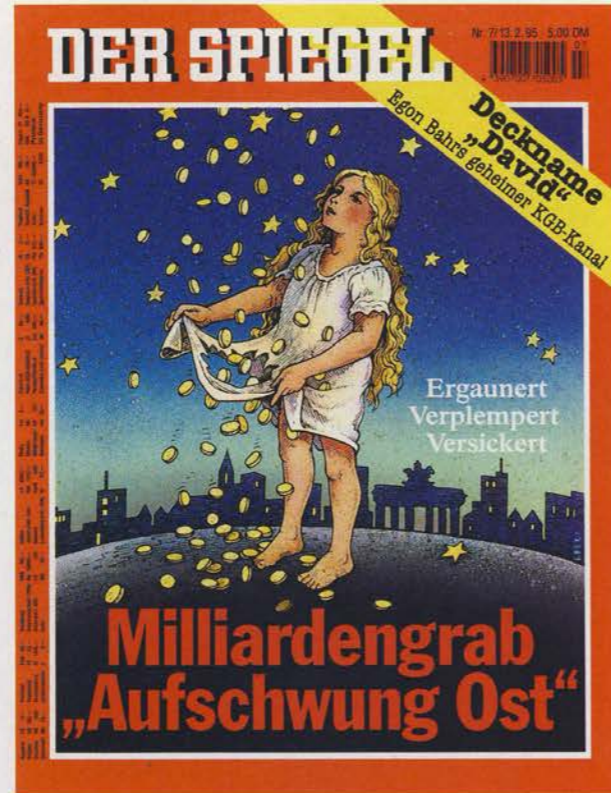


15 Jahre Grüne

Die Bündnisgrünen setzen im Bund weiter Kurs in Richtung Regierungsverantwortung. Ob im Bundestagspräsidium oder in den Bundestagsausschüssen: Wie in ihrer „Leipziger Erklärung“ von 1993 fixiert, festigen sie „ein ausbalanciertes und unverkrampftes Verhältnis zur Macht“. Das neue Profil, verbunden mit einem pragmatischen Auftreten, zieht auch neue Unterstützung an. In einer Gesellschaft, die von einer Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft wird, schärft sich das Umweltbewusstsein vieler Menschen, selbst in Milieus, die für die Grünen bislang nicht erreichbar waren. Der Sitzort der Grünen im Parlament – in der „Mitte der Mitte“ (Die Zeit) – wird immer mehr zum Sinnbild für ihre Verankerung in der Gesellschaft.

Frieden schaffen – auch mit Waffen?

Im Schatten der Balkankriege und einer deutschen Beteiligung am Nato-Militäreinsatz in Bosnien diskutieren die Grünen schon Ende 1993 auf der BDK in Bonn, ob man Menschenrechte mit Waffengewalt verteidigen kann und darf. Die Mehrheit stimmt damals dagegen. Stellvertretend für die Gesellschaft geht in dieser Frage ein Riss durch die Partei. Die Bündnisgrünen machen einen gemeinsamen schmerzhaften Prozess durch. Auf der BDK in Bremen 1995 fordern sie die Abschaffung der Wehrpflicht und lehnen Kampfeinsätze zur Friedenserzwingung im Rahmen der Vereinten Nationen noch ab. Vier Jahre später erzwingen neue Kriege eine erneute Entscheidung.



Aktivistinnen der Frauenbewegung demonstrieren für das Recht, über ihren Körper selbst bestimmen zu können (links unten). Hohe Wellen schlagen auch die Kosten der Wiedervereinigung (links oben) und die Pläne von Shell. Die Deutschen sind sich in diesem Punkt einig: Greenpeace muss im Kampf gegen die Brent Spar (oben) unterstützt werden.

„SHELL TO HELL“

Es sind Szenen wie aus einem Blockbuster: ein Schlauchboot von Greenpeace in aufgewühlter See, das von einer Ölbohrplattform aus mit Wasserkanonen beschossen wird. Es ist eine Wasser-schlacht um die mit Ölschlammen und radioaktivem Abfall gefüllte Brent Spar, die der Öl-Multi Shell in der Nordsee versenken will. Schließlich gelingt es den Aktivist*innen, die 40 Meter aus dem Wasser ragende Plattform zu besetzen. Die öffentliche Meinung ist auf ihrer Seite. Die Grünen rufen zur Ächtung von Shell-Produkten auf. Verbraucher*innen in ganz Europa demonstrieren und boykottieren Shell-Tankstellen. Schließlich lenkt der britische Konzern ein – ein Novum. Vergeblich hingegen sind die weltweiten Protestaktionen gegen die Atomtests Frankreichs im Südpazifik. Im September detoniert das erste Mal seit den 60er-Jahren wieder eine Bombe unter Mururoa. Das Meer schäumt, die Erde bebt.

OFFENE RECHNUNGEN

„Milliardengrab Aufschwung Ost“ titelt Der Spiegel im Juli. Die Einheitseuphorie ist endgültig verfliegen, die Debatte geht jetzt richtig los: Die Westdeutschen fühlen sich finanziell übervorteilt, die Ostdeutschen verkauft und verraten. Ende 1994 war die Treuhand aufgelöst worden. Die Behörde hat tausende von DDR-Betrieben privatisiert oder abgewickelt – und von 3,5 Millionen Arbeitsplätzen nicht mal die Hälfte gerettet. Zwei Millionen Arbeitsplätze wurden vernichtet. Von den Erlösen aus dem „Volksvermögen“ der DDR blieb den Ostdeutschen so gut wie nichts. Insgesamt machte die Treuhand 204 Milliarden D-Mark Verlust. Die einen lasten das der maroden DDR-Wirtschaft an, die anderen unterstellen der Behörde mangelnden Einsatz. Ein unabhängiges Fazit der Forschung fehlt bislang: Die Treuhandunterlagen sind bis 2020 unter Verschluss. Die Grünen im Bundestag fordern seit Langem eine Aufarbeitung der Treuhandarbeit.

WEM GEHÖRT DER BAUCH?

Kaum ein Thema polarisiert Gesellschaft und Politik stärker als der Paragraf 218. Die deutsche Einheit hatte eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts ermöglicht. In der DDR konnten Frauen innerhalb von zwölf Wochen eigenverantwortlich über den Abbruch ihrer Schwangerschaft entscheiden. Im Westen stand das unter Strafe. Ein Kompromiss, den das Parlament 1992 erzielt hatte, wurde vom Bundesverfassungsgericht 1993 verworfen. Zwei Jahre später einigt sich der Bundestag darauf, dass Abtreibung eine Straftat bleibt, Frauen aber nicht bestraft werden, wenn sie sich in den ersten zwölf Wochen staatlich beraten lassen. Zudem müssen Frauen begründen, warum sie ihr Kind nicht austragen möchten. Grüne kritisieren die „Indikationsregel“.

Grün schreibt Geschichte

Die Katastrophe von Fukushima treibt hunderttausende Menschen auf die Straße und die Atomlobby in die Flucht. Am 30. Juni 2011 beschließt der Bundestag endlich mit breiter Mehrheit den Atomausstieg. „Eine Demokratie wende“ (Ulrich Beck), ein historischer Sieg für die Grünen, doch noch lange kein endgültiger: Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Quellen bleibt eine Jahrhundertaufgabe. Historisch ist auch die Abschaffung der Wehrpflicht – „Abschluss und Höhepunkt einer dreißigjährigen Kampagne für Gewaltlosigkeit und Frieden“, schreiben die US-Politikwissenschaftler Andrei S. Markovits und Joseph Klaver. Im Januar 2011 werden zum letzten Mal junge Männer in die Bundeswehr eingezogen.

Die neue deutsche Volkspartei

Ein grüner Ministerpräsident? Im bisher tiefschwarzen „Ländle“ Baden-Württemberg gelingt die Sensation im Frühjahr 2011. Die Grünen holen mit Winfried Kretschmann 24,2 Prozent. Zuvor erreichten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hamburg 11,2 Prozent. Auf der Protestwelle gegen Atomkraft erklimmen auch andere grüne Landesverbände nie erreichte Höhen: Rheinland-Pfalz verdreifacht sein Wahlergebnis auf 15,4 Prozent, es kommt zu einer rot-grünen Regierungskoalition. Bremen schafft über 22,5 Prozent. Im Osten gelingt der Einzug in die Landtage von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. In Berlin erzielt die Partei 17,6 Prozent. Zum ersten Mal in der Geschichte sind die Grünen nun in allen 16 Ländern parlamentarisch verankert und können in immer mehr Ländern regieren. Der Spiegel titelt: „Die neue deutsche Volkspartei“. Dies wird dabei helfen, sich auch in schwierigen Zeiten zu behaupten.



Andrei S. Markovits und Joseph Klaver, US-Politikwissenschaftler, zum Atomausstieg

„Wenn das kein grandioser Sieg der grünen Bewegung war, dann wissen wir nicht, wie ein solcher Sieg aussehen könnte.“



Weht der „Wind of change“ jetzt auch in Ägypten? Ein Paar (links) ist in Kairo unterwegs zur ersten freien Parlamentswahl. In Syrien endet der arabische Frühling hingegen in einem Bürgerkrieg und mit der Flucht von Millionen von Menschen. Verzweiflung herrscht auch bei den Angehörigen der NSU-Opfer. Die Fotografin Paula Markert begibt sich ab 2014 auf Spurensuche an die Handlungsorte dieses tiefdunklen Kapitels deutscher Geschichte. In dieser Garage in Jena (oben), sagt sie, lagerte der NSU unter anderem Sprengstoff.

NSU: NEONAZIS MORDEN IM GANZEN LAND

Am 4. November rauben im thüringischen Eisenach zwei Männer eine Bank aus. Später werden ihre Leichen in einem brennenden Wohnmobil gefunden. Ein paar Stunden darauf steht ein Haus in Zwickau in Flammen. In den Trümmern findet man elf Pistolen – und das zynische Bekennervideo des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Was darauf zu sehen ist, scheint unfassbar und ist doch wahr. Eine rechtsextreme Terrorzelle zog jahrelang mordend durch Deutschland – ob

allein oder durch ein rechtsextremes Netzwerk unterstützt, ist bis heute nicht aufgeklärt. Die Täter töteten neun Menschen türkischer und griechischer Herkunft, erschossen eine junge Polizistin, zündeten Bomben. Sie überfielen mehr als ein Dutzend Banken und Geschäfte. Die Täter, alle aus Jena, hatten sich Anfang der 90er kennengelernt und in der Neonazi-Szene der Nachwendezeit unter den Augen der Sicherheitsbehörden radikalisiert.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Nicht nur die rassistische Mordserie des NSU verstört Europa. Am 22. Juli erschießt der Rechtsextreme Anders Breivik auf der Ferieninsel Utøya in Norwegen 68 Menschen, viele sind junge Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Die Ideologien von Breivik und NSU ähneln sich. In den Folgejahren wird klar: Rechtsextremisten sind europa- und sogar weltweit immer stärker vernetzt.

Eine Warnung macht die Runde: Wir alle stecken in digitalen „Filterblasen“ fest. Anhand unseres Nutzerverhaltens bestimmen Algorithmen, was wir im Internet zu sehen bekommen – und was nicht. Wie in einer Echokammer werden wir nur mit der immer gleichen Meinung konfrontiert. Heute sagt die Internetforschung, die Filterblasen seien viel durchlässiger als damals gedacht. Auch eine umfangreiche SZ-Analyse kommt 2017 zu dem Ergebnis: In Deutschland gibt es keine Filterblasen. Einzige Ausnahme: „Die AfD ist in ihrer Echokammer weitgehend isoliert.“